

KURT PÄTZOLD

«WENN DRUNTEN WEIT IN DER TÜRKEI DIE VÖLKER AUF EINANDER SCHLAGEN ...»

ÜBER DIE DIMENSION DES SO GENANNTEN NAHOSTKONFLIKTS

Wahrscheinlich wird kein anderer internationaler Konflikt derart kontrovers und emotional in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit sowie auch und gerade in der politischen Linken diskutiert wie der israelisch-palästinensische oder weiter gefasst, der Nahost-Konflikt. Aus diesem Grund nimmt dieses Thema einen besonderen Platz in der Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Inland wie im Ausland ein. Wenngleich dabei auch in der Stiftung und ihrem Umfeld die Meinungen auseinandergehen, sehen wir unsere Aufgabe nicht darin, eine abgeschlossene, einheitliche Position zu vermitteln, sondern ein Forum für eine Debatte zu bieten, das den Ansprüchen emanzipatorischer politischer Bildung gerecht wird. Um auch dem Ansinnen analytischer Sachlichkeit Genüge zu tun, befindet sich die RLS in einem Prozess, der die Beschäftigung mit dem Nahost-Konflikt systematisiert. Ein Mitgliederworkshop im Juli 2010 bildete dafür den Auftakt. Aus ihm sind sechs Beiträge hervorgegangen, die in lockerer Folge als RLS-Standpunkte erscheinen. Nähere Informationen zur thematischen Auseinandersetzung der RLS mit dem Nahost-Konflikt finden sich darüber hinaus unter: <http://www.rosalux.de/themen/internationale-politik/thema/naher-osten>

Es ist ein Zufall, dass die Erörterung des Themas «Die Linke und der Nahostkonflikt» nahezu exakt fünfundsiebzig Jahre nach einer denkwürdigen Rede zur Frage von Krieg und Frieden stattfindet. Die könnte im Bewusstsein aller, die sich im 20. Jahrhundert zu orientieren vermögen, in einer Reihe mit wenigen anderen stehen, etwa mit der Rundfunkansprache des britischen Premierministers Winston Churchill vom 22. Juni 1941, am Abend des Tages, da die deutschen Faschisten die Sowjetunion überfielen, oder mit jener Anklagerede, mit der Robert H. Jackson am 21. November 1945 die Verhandlungen des Nürnberger Prozesses gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher 1945 eröffnete oder mit der von Martin Luther King jun., gehalten am 28. August 1963 in Washington D. C. vor einer Viertel Million Menschen, aus der die Worte «I have a dream» in der Erinnerung blieben. Das sie da nicht eingeordnet und weitgehend in Vergessenheit gebracht worden ist, beruht auf einem «Mangel» des Mannes, der sie hielt. Es war ein Kommunist, Palmiro Togliatti mit Namen, der sein Land, in dem das Mussolini-Regime sich etabliert hatte, verlassen musste und sich damals als Emigrant in der Sowjetunion befand. Seine Zuhörer waren die Delegierten des VII. Weltkongresses der Kommunistischen

Internationale. Der Rückblick richtet sich also auf den Juli/August des Jahres 1935.

Togliattis Rede ist in Kreisen von Marxisten oft auch als ein Beweis dafür herangezogen worden, dass die geschichtliche Zukunft nicht vollends im Dunkeln liegt und es auf der Basis historisch-materialistischer Gesellschaftsanalyse möglich ist, weltgeschichtliche Abläufe vorauszusagen. Denn sie enthielt eine exakte Beschreibung der Konstellation, die in den Zweiten Weltkrieg führte und antizipierte seine politischen Konturen. Oft ist sie auch zu jener von Friedrich Engels stammenden Vorhersage des Krieges in Beziehung gesetzt worden, der 1914 dann tatsächlich begann. Erinnerungen an derlei Spitzenleistungen, die Weltzustände und deren Tendenz richtig erfassten, sind derzeit unmodern. Hergesagt wird hingegen: Die Geschichte, das meint die Zukunft, ist offen und dem wird hinzugedacht oder -gesagt: Nichts Genaues weiß man nicht. Das ist eine verstehbare Reaktion auf die geplatzte Gewissheit, dass der «Sozialismus siegt». Doch ist das auch die angemessene und richtige?

Togliattis Rede vom Sommer 1935 war mehr als eine Warnung, sie war ein Alarmschrei und ein Kampfruf, mit dem die Kommunisten in aller Welt zum Einsatz für den Frieden geru-

fen wurden. Sie sollten sich von jedem Gedanken verabschieden, dass sie durch einen Krieg der Staaten und Völker etwas gewinnen könnten, auch wenn an seinem Ende eine Erschütterung des kapitalistischen Weltsystems stehen werde, die zudem jene am Ende des Ersten Weltkrieges noch übertreffen würde. Was die Rede des Führers der italienischen Kommunistischen Partei denkwürdig macht, sind folgende Aussagen: 1. In der Weltpolitik agieren drei aggressive imperialistische Staaten: Japan, Italien und Deutschland. Die Hauptgefahr für die Entstehung eines großen Krieges gehe von Deutschland aus. 2. Von diesen imperialistischen Staaten sind andere zu unterscheiden, die – jedenfalls derzeit – kein Interesse an einem Krieg haben, sich von ihm nichts versprechen, womöglich sogar Nachteile zu gewärtigen haben. Das sind insbesondere die USA, die auf ökonomische, unkriegsrische Expansion setzten, Großbritannien, das sein Weltreich zusammenhalten will, und Frankreich. 3. Diese Staaten betreiben gegenüber den Aggressoren eine uneinheitliche Politik. Namentlich Großbritannien suche auf einem Sonderweg um einen Krieg herumzukommen. In Frankreich hingegen existierten Kräfte, die nach Verbündeten zur Abwehr der drohenden Gefahr suchen und davon auch die Sowjetunion nicht ausschließen. Verlässlich sei die Dauerhaftigkeit ihres Wirkens aber nicht. 4. Die Kleinstaaten Osteuropas werden von Nazideutschland entweder als Verbündete umworben oder als Objekte der Expansion bedroht, was im Falle Polens auf nahezu das Gleiche hinauslaufe. Doch fänden sie zu keinen ihren Interessen dienenden Reaktionen. 5. (Das ist aus der Rede insgesamt zu entnehmen, deren Diktion freilich auch durch das Interesse bestimmt war, nicht zu entmutigen und Resignation zu verbreiten.) Es wird zum Kriege kommen. Wie und wo er beginnen werde, sei nicht zu sagen, aber – wie auch immer – die Sowjetunion werde in diesen Krieg hineingezogen werden. 6. Es wäre schon etwas gewonnen, wenn der Beginn des Krieges auch nur hinausgeschoben werden könnte. Dadurch würde Zeit für die Formierung der militärischen Abwehrkräfte gewonnen. 7. Es werde dieser Krieg die voraufgegangenen weit übertreffen und ein «Vernichtungskrieg» sein.

Keine Frage: Es wäre ein großer Gewinn, wenn die Linken in der Frage von Krieg und Frieden heute eine Analyse von Togliattischem Niveau besäßen, auf die sie sich verständigt hätten. Dem stehen Hindernisse im Wege. (1.) Anders als vielfach erwartet sind die internationalen Verhältnisse durch die weltgeschichtlichen Veränderungen an der Wende zu den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts nicht vereinfacht, sondern komplizierter und unübersichtlicher geworden. (2.) Gegenüber den Instrumenten und deren Reichweite, mit denen die gegenwärtige Situation missdeutet und absichtsvoll eingenebelt wird, wirken jene, die in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts für Lüge und Betrug zu Gebote standen, geradezu zwerghaft. Beispielsweise ist die Bebilderung und Verbreitung von Nachrichten mit irreführender Interpretation von ganz anderer Dimension. (3.) Die Beschimpfungen derer, die trachten, Licht in das gewollte Dunkel zu bringen, und sich mit klarer Parteinahme für Friedensinteressen einsetzen, sind so wahl- und skrupellos wie einst. Was damals die «Jünger Moskaus» und die «Judenknechte» waren, sind heute die «Antisemiten». Nicht, dass es die nicht gäbe, aber der Begriff ist längst auch zum Knüppel geworden, mit dem zum Schweigen gebracht wer-

den soll, wer nichts anderes tut, als an die Politik der Regierung Israels oder an die einer der dort agierenden Parteien und deren Ideologie und Propaganda den Maßstab anzulegen, mit dem gleiche oder verwandte Erscheinungen beurteilt werden, wenn sie in anderen Staaten oder bei anderen Parteien angetroffen werden.

Das Problem für alle, die sich um Aufklärung bemühen oder das tun sollten, beginnt mit seiner Benennung. Wie auch in der heutigen thematischen Bestimmung wird es «Nahostkonflikt» genannt. Diese Kennzeichnung ist – sagen wir – ungenau. Erlebt haben wir eine Kette von Nahostkriegen, die ungeachtet aller Verschiedenheit nach Ursachen, Ursprung und in ihnen waltender Interessen zusammengehören. Die Tatsache, dass sie mehr oder weniger lange unterbrochen wurden, besagt nicht viel. Diese Unterbrechungen waren nie Friedenszeiten, sondern solche der Abwesenheit von Kriegshandlungen, vereinbarte oder unvereinbarte Waffenstillstände. Friedensschlüsse, die diesen Namen verdienten, sind darauf nur in Ausnahmefällen gefolgt. Kurzum: der Begriff Konflikt besitzt die Tendenz der Beschönigung und hat auch etwas von einer Beruhigungsdroge.

Wie steht es mit dem anderen Teil des Begriffs «Nahost». Der ist nicht ungenau, sondern hochgradig missverständlich. Im Deutschen war der Nahe Osten der nichttürkische Teil des Osmanischen Reiches, auch unterschieden vom Mittleren und Fernen Osten. Erstens gibt es im Nahen Osten, wie immer er nach Osten, West und Süd abgegrenzt wird, Staaten – Israel, Ägypten, Syrien, der Jemen, Libanon, die an den Kriegen, die seit 1948 geführt wurden, beteiligt waren und andere, die sich mehr oder weniger strikt aus ihnen heraushielten, wenn sie auch in dieser oder jener Weise betroffen oder berührt waren und blieben. Die Zahl der gegenwärtig am Kriege beteiligten Parteien ist auf zwei geschrumpft, den Staat Israel und die nichtstaatlichen Territorien der Palästinenser. Im Hinblick auf sie wird in einer Weise, die an eine Gebetsmühle erinnert, von Politiker verschiedenster Staaten «geraten», dass der Friedensprozess fortgesetzt oder wieder in Gang gebracht werden müsse. Die Wortwahl übertüncht, dass es um ein Kriegsende und zwar eben um das Ende des Krieges dieser beiden geht.

Das wäre im Denken vieler – als erster Schritt der Aufklärung – klarzustellen. Seit Jahrhunderten kennen die Menschen zwei Grundtypen von Kriegen. Den einen, der zwischen Staaten ausgetragen wird, die ihre Armeen auf Schlachtfelder schicken, die gegeneinander kämpften, bis die Kräfte des einen oder auch beider erschöpft waren. Den anderen, bei dem in einem Staate soziale oder politische Gruppen bewaffnet und organisiert gegeneinander antreten und um die Macht streiten, Bürgerkriege. Daran gemessen, ist das Bild des israelisch-palästinensischen Krieges irritierend. Er weist einmalige Züge auf und besitzt doch mit den bekannten Kriegen vieles Gemeinsame. Es geht um staatliche Existenz (oder Gründung), um Grenzverläufe, um Wohngebiete, Lebensbedingungen für Millionen und – nicht zu vergessen – um Vor- und Nachteile nicht nur für Großgruppen, die ein Ganzes sind oder als solches ausgegeben werden, sondern auch um solche für Minderheiten.

An die Fortdauer dieses Krieges knüpfen sich perspektivisch – ohne dass diese Perspektive hier in Jahreszahlen ausgedrückt werden könnte – drei offene Fragen. Die erste lautet: Ist die Tatsache der Schrumpfung des Kriegsgeschehens

eigentlich als dauerhaft anzusehen, also irreversibel? Anders ausgedrückt: Sind die Interessen der Staaten und ihrer Regierungen in dieser Region, die sich zur Zeit jedenfalls militärisch aus diesem Konflikt heraushalten, so stabil, dass eine veränderte Haltung, die sich etwa in einer anderen Politik Ägyptens gegenüber dem palästinensischen Gebiet (dem Gazastreifen) zeigen könnte, bestimmt auszuschließen ist? Die zweite: Der Nahe Osten ist auch jenseits des israelisch-palästinensischen Gebiets ein konfliktgeladenes Territorium. Wie sich die inneren Kämpfe im Irak ausgefochten werden, wird sich vollends erst nach dem Abzug der Interventionstruppen zeigen. Ihre Dimensionen zeichnen sich mit den Kämpfen der Kurden ebenso ab wie mit denen zwischen nichtkurdischen irakischen Bevölkerungsgruppen. Unentscheidbar ist derzeit auch die Frage, wie stabil die inneren Verhältnisse in den Staaten des Nahen Osten in Zukunft sein werden, auch und gerade in jenen, die heute noch ruhig gleichsam auf unterirdischen Ölseen schwimmen. Und dann sind da die – ob dem Nahen oder Mittleren Osten zugezählten – Staaten Iran und Afghanistan und ein von inneren Krisen schwer geschütteltes Pakistan. Wer verbürgt sich dafür, dass dort äußere und innere politische und soziale Konflikte und Bürgerkriege nicht zusammenwachsen können? Die dritte: Wie miniaturhaft sich die militärischen Möglichkeiten der einen Seite gegenüber denen der anderen (den israelischen Atomwaffen) auch ausnehmen mögen, ist es berechtigt zu glauben, dass es bei den in Handwerksstätten gebastelten Raketen, den Sprenggürteln der Selbstmordattentäter und den mit Explosivstoffen voll gestopften Fahrzeugen bleiben wird? Ist es abwegig zu glauben, dass in diesen so genannten asymmetrischen Kriegen und kriegsähnlichen Kampfhandlungen biologische Waffen eingesetzt werden, deren Herstellung unter Umständen weit weniger aufwendig, auch weniger wahrnehmbar sein könnte als die von Atombomben und ihrer Träger?

Die Antworten auf diese drei Fragen müssen nicht auf Entwürfe von Horrorszenarien hinauslaufen. Es genügt die Feststellung, dass derlei Entwicklungen nicht ausgeschlossen sind, um die Alarmstufe zu bestimmen, die auszurufen wäre. Von wem? In erster Linie von den Europäern. US-Amerikaner und Kanadier sind etwas weiter weg, was sich auch darin ausdrückt, dass sie nicht vom Nahen Osten sprechen. Doch den Europäern und namentlich den Deutschen, der nach den Russen volkreichsten Europäergruppe, wird erklärt, dass ihre Verteidigungslinie am Hindukusch liege. Das klappt so richtig nicht. Sie sind in ihrer übergroßen Zahl nicht mehr von jenem Typ, den Goethe von sich sagen lässt: «Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen, als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten weit, in der Türkei die Völker aufeinander schlagen.» Sie wissen Besseres, z. B. das Reden über eine Fußballweltmeisterschaft oder die Versammlung bei einer Love Parade oder an einem Christopher Street Day. Doch bei alledem: um Kriege und jene, die Kriegsgeschrei anstimmen, sollten sie sich schon kümmern. [...] Es geht um die Beziehungen der Israelis und der Palästinenser zueinander, es geht um beider Frieden, um die Lebensbedingungen, ja -möglichkeiten der Ärmsten auf allen Seiten der Grenzen. Aber es geht zugleich um weit mehr. Es geht um die Befriedung einer ganzen Region, darum, eine Zeitbombe zu entschärfen. Solche Bomben, hierzulande entdeckt und aus dem Zweiten Weltkrieg stammend, werden entschärft, ohne dass darüber gerätselt wird, wann und ob sie überhaupt

explodieren werden. Die Entschärfung der Situation am Ostrand des Mittelmeeres kann in den Nahen und Mittleren Osten nur situationsverbessernd wirken. Sie ist nicht die Lösung, aber sie wäre ein Schritt dahin, ein Beispiel, ein Signal, ein Hoffnungszeichen, womöglich ein Antrieb. Zu verabschieden ist der Gedanke, dass es dafür beliebig viel Zeit gibt und militärische Mittel das zu bewirken vermögen. Und die Europäer sollten, was sie an sachkundiger Intelligenz aufzubringen und zu vereinen in der Lage sind, mobilisieren, um sich darüber klar zu werden, wie sie mit Millionen zusammenleben können, die sie nicht nach ihrem Bilde ummodellieren können, sondern deren Traditionen zunächst und vor allem zu respektieren sind.

Damit ist das Thema beschrieben und – so ließe sich sagen – der Betrag genannt, der auf dem Spiele steht – das Bild ist schief, denn es geht eben nicht um ein Spiel. Über die denkbaren Lösungen, die zu einem dauernden Frieden führen, liegen alternative Vorschläge auf dem Tisch. Der erste Schritt der Parteinahme besteht darin, zu ihnen Stellung zu beziehen. Der zweite hat der Kennzeichnung der durch die Erfahrung von Jahrzehnten erwiesenen untauglichen Lösungsempfehlungen zu gelten. Es wird ohne internationalen Druck auf die Regierung Israels nicht abgehen. Und der darf sich in der Forderung, den Gazastreifen nicht länger zu ghettoisieren, nicht erschöpfen. Der Streit über die Verursachung dieses Krieges – wie bei allen vorher – wird lange dauern. Seine Beantwortung ist keine Voraussetzung des Friedensschlusses. Wichtiger ist sich klarzumachen, dass die Möglichkeiten, einen stabilen Frieden zu erlangen, nicht gleich verteilt sind und der Weg dahin nicht über einen Endsieg führt.

Prof. Dr. Kurt Pätzold war bis 1992 Inhaber des Lehrstuhls für deutsche Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist wissenschaftlicher Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Faschismus, Entwicklungen im Bereich des Geschichtsrevisionismus sowie die Geschichte des Antisemitismus und der Judenverfolgung.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

**IN DER REIHE «STANDPUNKTE»
BEREITS ERSCHIENEN:**

01/2010

INGEMAR LINDBERG: Muster der Solidarität. Beispiele grenzüberschreitenden Widerstandes von Arbeiter/-innen und Gewerkschaften

02/2010

DIETHELM WEIDEMANN: Der Konflikt in Afghanistan

03/2010

ARNE C. SEIFERT: Für ein Ende des NATO-Krieges und eine politischdiplomatische Regelung in Afghanistan

04/2010

BIRGIT DAIBER, CORNELIA HILDEBRANDT:
Für eine fortgesetzte Emanzipation der Linken

05/2010

PETER BIRKE: Zwischen organizing und «sweetheart deals». Der Kampf um die Gewerkschaften in den USA

06/2010

LOTHAR BISKY: Wir haben die Entdeckungen noch vor uns. Erbe und Tradition der Linken zwischen Pluralismus und Identität

07/2010

PETRA SITTE, TOBIAS SCHULZE: Zurück in die Zukunft. Eine Eröffnungsbilanz schwarz-gelber Forschungs- und Innovationspolitik

08/2010

BERND HAHNFELD: Die NATO und die Atomwaffen

09/2010

ALEXANDER S. NEU: Linke Friedenspolitik und kollektive Sicherheit

10/2010

WOLFGANG WIPPERMANN: Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende

11/2010

ARNE C. SEIFERT: Politischer Islam in Zentralasien und Sicherheit im euro-asiatischen Raum

12/2010

Anforderungen an deutsche Friedenspolitik. Thesen zum Gesellschaftspolitischen Forum der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wiesbaden, 11. und 12. Juni 2010

13/2010

PAUL SCH ÄFER UND JERRY SOMMER: Plädoyer für eine andere Iran-Politik

14/2010

MARIO CANDEIAS: Ein fragwürdiger Weltmeister: Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit. Vom Exportismus und Wachstumsfetisch zu einer ökosozialistischen «Reproduktionsökonomie»

15/2010

ULRICH BUSCH: Die deutsche Währungsunion am 1. Juli 1990: Bedeutung, Vollzug und Folgen

16/2010

JÖRG ROESLER: Wie es zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion kam

17/2010

ARMIN OSMANOVIC: Vom «Außenseiter» zum Mann des Establishments: Jacob Zumas erstes Jahr im Amt als südafrikanischer Staatspräsident

18/2010

CLAUS-DIETER KÖNIG: Westafrika: «Wann werden die Schönen geboren?»

19/2010

ULLA LÖTZER: Bausteine für eine industriepolitische Offensive der Linken

20/2010

HUBERT LAITKO: Die Sozialismuskonzeption Robert Havemanns im Wandel

21/2010

BÜROGEMEINSCHAFT NINE2FIVE: Von der Weisheit der Vielen zur Organisierung der Unorganisierbaren

22/2010

RAINER RILLING: Welche politische Krise?

23/2010

FIROZE MANJI: Afrikas Entwicklung nach Kolonialismus und nationaler Befreiung

24/2010

BODO RAMELOW: Es ist an der Zeit!
Ein Aufruf zur Demokratisierung der Demokratie

25/2010

RICHARD HEIGL: Das Unbehagen am Staat
Staatskritik bei Wolfgang Abendroth und Johannes Agnoli